



über die
5. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Montag, dem 06.11.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Robert Biedermann
Herr Dieter Drescher
Herr Marian Flörke
Herr Klaus Kasperidus
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Herr Jochen Müller
Herr Marco Pincus
Herr Udo Theimann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Frau Ingrid Borowiak
Herr Dirk Ebbinghaus
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Heinrich Kissing
Herr Marc Nathmann
Herr Karl-Adolf Schneider

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Umweltausschusses

Herr Heinrich Hellekemper
Herr Wilfried Wiese
Herr Gerhard Zielke

Ortsvorsteher
Herr Heinrich Baumann

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Herr Matthias Breuer
Herr Jochen Dornblüth
Frau Monika Holtmann
Herr Uwe Liedtke

Gäste
Herr Kühnert, Ing.-Büro Kühnert

Entschuldigt fehlten
Herr Peter Büchel
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Joachim Eckardt
Herr Oliver Kaczmarek
Herr Herwig Rabeneck
Herr Volker Sekunde
Herr Klaus Slomiany
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Lipinski**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen hier: Sachstandsbericht der Verwaltung - Bauzeitenplan - Baufortschritt - Kostenentwicklung	
2	Umgestaltung Bahnhofsumfeld / Netzschluss Innerer Ring hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
3	Konzentration von perfluorierten Tensiden (PFT) im Trinkwasser hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.08.2006	069/2006
4	Einfacher Bebauungsplan für den Bereich "Markt" in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2006	
5	Bauvorhaben im Stadtgebiet	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

- Bauzeitenplan
- Baufortschritt
- Kostenentwicklung

Zu Beginn gab Herr **Liedtke** anhand eines Innenstadtplanes einen ausführlichen Bericht zum Bauzeitenplan. Nach derzeitigem Planungsstand soll der Bereich Willy-Brandt-Platz (bis auf kleinere Restarbeiten und die Pflanzung der Spalierlinden) bis zum 15.11.2006 fertiggestellt sein. Die Kanalbauarbeiten im Bereich der Weststraße werden etappenweise durchgeführt, so dass die Beeinträchtigungen der Anlieger punktuell und so gering wie möglich gehalten würden. Diese Vorgehensweise sei mit den Anliegern abgestimmt. Die Weerenstraße wurde vorzeitig fertiggestellt. In der Weihnachtszeit soll mit dem an den Willy-Brandt-Platz angrenzende Bereich neben der Sparkasse (Durchgang zur Kämmerstraße) begonnen werden.

Herr **Baudrexl** ergänzte, dass die Zusage an die Gewerbetreibenden, die Bauarbeiten an den Geschäftsstraßen während der Zeit des Weihnachtsgeschäftes zu stoppen, eingehalten werde.

Herr **Liedtke** teilte mit, dass Ende Oktober d. J. ein weiterer Zuwendungsbescheid aus dem Stadterneuerungsprogramm für die Wohnumfeldverbesserung über 125.000,00 € bei der Stadt Kamen eingegangen sei.

Des Weiteren informierte Herr Liedtke darüber, dass die Ausschreibung für das Mobiliar, welches durch den Planungs- und Umweltausschuss ausgeschrieben wurde, derzeit anlaufe. Die Kostenschätzung bleibe innerhalb des Kostenrahmens für die Möblierung. Die Vergabe solle noch in diesem Jahr erfolgen. Mit den Arbeiten solle im Januar begonnen werden.

Unter Bezug auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen wies Herr Liedtke darauf hin, dass aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung eine Anpassung der Gesamtkosten auf 7,4 Mio. € erforderlich wurde.

Herr **Dornblüth** informierte darüber, dass die Sanierung der Tiefgarage bald abgeschlossen sein werde. Die Betonsanierung und Beschichtung seien erledigt. Derzeit werden die Sohle und die Rampe überarbeitet, die Lüftungssituation wieder hergestellt und Elektroinstallation sowie Beleuchtung überarbeitet.

Nach dem derzeitigem Stand sei Ende November mit dem Abschluss der Arbeiten zu rechnen, so dass die Freigabe der Tiefgarage für die Nutzung voraussichtlich zum 1. Dezember erfolgen könne.

Herr **Kissing** erkundigte sich, ob Kostenmehrungen im Bereich „Unvorhergesehenes“ (z.B. für die Hausanschlüsse, Verdichtung des Untergrundes) eingetreten seien.

Herr **Dornblüth** erläuterte, dass der Kostenrahmen eingehalten werde. Unvorhergesehenes würde durch Kosteneinsparungen kompensiert (Beispiel: die Kosten für die Rampenerneuerung der Tiefgarage waren niedriger als erwartet, da der Arbeitsumfang sich als geringer herausstellte).

Im Zusammenhang mit der Tiefgaragensanierung erkundigte sich Herr **Kissing**, ob es neue Erkenntnisse in Bezug auf Kostenbeteiligungen durch die Pächter/Eigentümer gebe.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass aufgrund der unterschiedlichen Vertragssituationen derzeit keine verlässliche rechtliche Grundlage für die Kostenbeteiligung gegeben sei. Ob eine einheitliche Abstimmung mit den Beteiligten möglich sei, sei derzeit ungewiss. Noch zu klärende Detailfragen (z. B. Anpassung der vertragliche Grundlagen) sowie die Entwicklung in Bezug auf die Abstimmung mit den Nutzungsberechtigten seien abzuwarten. Die Diskussion zu diesem Punkt werde zu gegebener Zeit wieder aufgegriffen.

Zu TOP 2.

Umgestaltung Bahnhofsumfeld / Netzschluss Innerer Ring
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Entsprechend des Beschlusses der Planungs- und Umweltausschusses, so berichtet Herr **Baudrexl**, habe die Verwaltung die Fördermaßnahmen für die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes bei den Fördergebern angemeldet. Damit werde eine entsprechende Platzierung und Einplanung in die einzelnen Förderprogramme erreicht.

Anhand eines Planes gab Herr **Kühnert** einen Überblick über die Planungen und ordnete die Förderbereiche entsprechend zu.

Im Anschluss daran erläuterte Herr **Liedtke** die als Tischvorlage verteilte Aufstellung zur Höhe der Kosten, der Förderung und des Eigenanteils getrennt nach Förderbereichen entsprechend des derzeitigen Sachstandes. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass die Berechnungen auf Grundlage der derzeitigen Richtlinien und derzeit geltenden Fördersätze basieren. In Bezug auf den Bau eines neuen Parkhauses sei zu berücksichtigen, dass lediglich eine Förderung für die neu geschaffenen Parkplätze in Betracht käme, so dass die Förderquote in Bezug auf die Gesamtkosten relativ niedrig sei.

Herr **Wiedemann** gab zu bedenken, dass die Planungen in Bezug auf das Parkhaus nachzeitigem Sachstand (durch den erheblichen Eigenanteil) gegebenenfalls überarbeitet werden sollten.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass die im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellte Rahmenplanung Bahnhofsumfeld Grundlage für die Anmeldung der Fördermaßnahmen und Platzierung waren. In diesem Zusammenhang sei auch das Projekt Parkhaus angemeldet worden. In dem Zeitraum zwischen Anmeldung der Fördermaßnahmen und Antragstellung seien nunmehr die Maßnahmen zu konkretisieren, Ideen zu entwickeln und ggf. Alternativen zu erarbeiten.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass in Bezug auf den Erhalt des bestehenden Parkhauses mit einer umfangreichen Sanierung zu rechnen sei. Insofern sei hier eine detailliertere Betrachtungsweise erforderlich.

Auf Nachfrage von Herrn **Müller** teilte Herr **Liedtke** mit, dass die Sanierungskosten für das bestehende Parkhaus ebenfalls nicht förderfähig seien.

Herr **Ebbinghaus** erkundigte sich, ob die geplante P+R-Anlage neben dem Bahnhofsgebäude durch die Inanspruchnahme des RCG-Geländes erweiterungsfähig sei.

Herr **Liedtke** sah keine Möglichkeit, da das Gelände noch betrieblich genutzt werde. Des Weiteren reiche die Größe des Geländes der geplanten P+R-Anlage nicht aus, um z. B. ein weiteres Parkhaus darauf zu errichten.

Auf Anfrage von Herrn **Kloß**, ob im Bereich des jetzigen Busbahnhofes im Rahmen der erwogenen Bebauung eine Tiefgarage errichtet werden solle, teilte Herr **Baudrexl** mit, dass hier lediglich eine Tiefgarage für die Bewohner angedacht gewesen sei – keine P+R-Möglichkeit.

Herr **Lipinski** dankte Herrn Kühnert für seinen Vortrag.

Zu TOP 3.
069/2006

Konzentration von perfluorierten Tensiden (PFT) im Trinkwasser
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.08.2006

Herr **Kühnapfel** erläuterte die Beweggründe für den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, u. a. wies er auf die Betroffenheit auch der Kamener Bevölkerung hin. Die vorliegende Mitteilungsvorlage der Verwaltung beinhalte umfassende Ausführungen zu dieser Problematik. Alle Gesichtspunkte würden darin umfassend angesprochen und erläutert. Durch den Einbau der Aktivkohlefilter zeichne sich eine gute Entwicklung bei der Reduzierung der PFT ab.

Zu TOP 4.

Einfacher Bebauungsplan für den Bereich "Markt" in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2006

Nachdem Herr **Kissing** den Antrag erläuterte, wurde im Planungs- und Umweltausschuss das Instrumentarium „einfacher Bebauungsplan Alter Markt“ eingehend diskutiert.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass auch bei Vorliegen eines einfachen Bebauungsplanes für den „Alten Markt“ eine rechtliche Beurteilung nach § 34 BauGB sowie eine Einbeziehung des Denkmalschutzrechtes erfolgen müsse. Aufwand und Nutzen seien nicht verhältnismäßig. Die Abstimmungsgespräche mit dem Investor seien positiv zu bewerten. Insoweit seien Instrumentarien wie z. B. eine Veränderungssperre nicht zum Einsatz gekommen, die bei Konfliktfällen hätten angewendet werden können. Grundsätzlich solle die Qualität des „Alten Marktes“ erhalten bleiben. Es wurde positiv bewertet, dass die Diskussion dieser Thematik unter Abwägung verschiedener Möglichkeiten der Einflussnahme nunmehr zum Abschluss gekommen sei.

Herr **Kissing** zog aufgrund des Diskussionsergebnisses den Antrag zurück.

Zu TOP 5.

Bauvorhaben im Stadtgebiet

- Dynamische Fahrgastinformation Markt

Herr **Liedtke** teilte mit, dass der Bewilligungsbescheid für die „Dynamische Fahrgastinformation Markt“ Ende Oktober bei der Verwaltung eingegangen sei. Das Projekt wurde bereits 2002 im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt und die Umsetzung vorbehaltlich einer Bewilligung von Fördermitteln beschlossen. Aufgrund geänderter Fördermodalitäten hat sich die Zuwendung nach GVFG von 90 % auf 75 % reduziert. Der Kreis Unna hat signalisiert, dass es bei der avisierten Förderung durch den Kreis Unna bleibe. Nach derzeitigem Sachstand würde für die Stadt Kamen ein Eigenanteil in Höhe von 10 bis 15 T€ verbleiben. Synergieeffekte sollen im Rahmen der Baumaßnahme in der Weststraße/Marktstraße genutzt werden, um den Aufwand so gering wie möglich zu halten. Die Ausgabemittel stehen im Haushalt 2006 in ausreichender Höhe zur Verfügung, während die entsprechende Einnahme-Buchungsstelle Mindereinnahmen erwarten lasse. Insofern sei ein förmlicher Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses zu diesem Sachverhalt nicht erforderlich. Die Verwaltung ist in diesem Fall jedoch bestrebt, eine Abstimmung zur Projektdurchführung mit dem zuständigen Ausschuss zu erreichen.

Frau **Schneider** erklärte nachdrücklich, dass sie dieses Projekt äußerst positiv bewerte und eine zeitnahe Umsetzung begrüße.

Herr **Lipinski** fasste im Ergebnis zusammen, dass die Verwaltung das Projekt wie vorgestellt umsetzen solle.

- Sanierung des „Alten Rathauses“

Herr **Dornblüth** informierte, dass die Sanierungsarbeiten an der Fassade im Wesentlichen abgeschlossen seien. Das umgesetzte Farbkonzept setze durch die rot-braune Umrandung der Fenster und den rot-braunen Schriftzug neue Akzente. Die vorhandene Baulücke werde derzeit aufgearbeitet und umgestaltet (Einzäunung zur Kirchstraße, Bepflanzung der Böschung, Neugestaltung der angrenzenden Fassade).

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

- 6.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

- 6.2 Anfragen

- 6.2.1 Herr **Kissing** erkundigte sich, ob es neue Bestrebungen in Bezug auf das Bauvorhaben an der Germaniastraße („Lander“) in Methlergebe, u. a. auch in Bezug auf Flächenerweiterungen für die Sport-schule bzw. das Hallenbad.

Herr **Dornblüth** teilte mit, dass die vorliegenden Anfragen und Vorschläge weiterhin auf eine Wohnbebauung abzielen. Andere Anregungen seien ihm nicht bekannt.

- 6.2.2 Herr **Müller** bat um Informationen zum Sachstand Bebauungsplan Nr. 18 Ka-HW „Hans-Böckler-Straße/THS-Siedlung“.

Herr **BaudrexI** erläuterte, dass der Aufstellungsbeschluss für den BPlan 18 Ka-HW gefasst wurde. In Zusammenarbeit mit der THS werde die Verwaltung den Bebauungsplan sowie eine Gestaltungssatzung erarbeiten. Die weitere parlamentarische Beratung und Beschlussfassung würden folgen.

- 6.2.3 Herr **Krause** erkundigte sich, ob bei Grundstücksverkäufen durch die Stadt Kamen Überlegungen in Bezug auf Kaufpreisreduzierungen für Familien mit Kindern in Betracht gezogen würden. Gerade in Bezug auf die demografische Entwicklung solle sich Kamen als familienfreundliche Stadt darstellen.

Herr **BaudrexI** verwies diesbezüglich an den Wirtschaftsausschuss, der u. a. die Grundstückskaufpreise festlege. Die Bestrebung zur Entwicklung eines diesbezüglichen Konzeptes sei dort bereits aufgegriffen worden.

- 6.2.4 Herr **Wiedemann** brachte den Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahr 2002 auf Aufstellung eines Lärminderungsplanes für das Kamener Stadtgebiet in Erinnerung.

Herr **BaudrexI** teilte mit, dass die Stadt Kamen einen entsprechenden Förderantrag entsprechend der damaligen Beratung im Planungs- und Umweltausschusses beim Fördergeber platziert habe. Durch die Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie und die damit verbundenen Neuregelungen in §§ 47 a bis f BImSchG wurde die generelle Förderung der Kommunen auf Grundlage der alten Regelung des § 47 a BImSchG bis auf weiteres ausgesetzt. Der Städte- und Gemeindebund hat im August 2005 empfohlen, keine Aktivitäten zur Aufstellung von Lärminderungsplänen zu entfalten. Gründe dafür sind ausstehende Zuständigkeitsregelungen sowie Ausführungsbestimmungen für NRW.

Nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes hat sich das Land NRW zunächst bereit erklärt, für Städte und Gemeinden außerhalb von Ballungsräumen für die Erarbeitung der Lärmkarten für Hauptverkehrsstraße (Autobahnen, Bundes- und Landesstraße mit mehr als 6 Mio. Kfz pro Jahr), die bis 30.06.2007 aufzustellen sind, die Kosten zu übernehmen. Ungeklärt ist nach wie vor die Rechtsfrage, ob die Zuständigkeit durch das Land klar geregelt werden muss, wer die Lärmkarten der 2. Tranche (sämtliche Ballungsräume, Hauptverkehrsstraße und Haupteisenbahnstrecken) bis zum 30.06.2012 erstellen wird und wer die Lärmaktionspläne aufstellen wird. Die weitere Entwicklung ist somit noch abzuwarten.

- 6.2.5 Herr **Kühnapfel** regte an, Vertreter des Lippeverbandes einzuladen, um über die Sesekerenaturierung zu berichten.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass dieser Vorschlag sicher gern aufgegriffen würde.

- 6.2.6 Das diesjährige Körnefest des Lippeverbandes war nach Meinung von Herrn **Kühnapfel** eine sehr gelungene Veranstaltung. Er schlug vor, dass die Stadt Kamen gemeinsam mit dem Lippeverband dieses „Körnefest“ regelmäßig veranstaltet. Auf diesem Wege könnte sich die Bevölkerung direkt und vor Ort über die weitere Entwicklung der Körne informieren. Eine Einbeziehung der biologischen Station wäre ebenfalls wünschenswert.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass die Verwaltung diesbezüglich ein Gespräch mit dem Lippeverband führen werde.

- 6.2.7 Herr **Kühnapfel** teilte mit, dass im Bereich des Wirtschaftsweges „Hohes Feld“ an 3 bis 4 Stellen Bodenmaterial abgekippt worden sei.

Herr **Baudrexl** sagte eine Überprüfung durch die Verwaltung zu.

- 6.2.8 Im Rahmen der Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung habe die Stadtentwässerung Kamen den Schilfstreifen im Bereich Kläranlage – Modellflugplatz im Sommer mähen lassen. Herr **Kühnapfel** wies darauf hin, dass diese Arbeiten nicht während der Brutsaison durchgeführt werden sollten. Darüber hinaus reiche es aus, den Schilfstreifen lediglich alle 4 bis 6 Jahre zu mähen.

Herr **Jungmann** nahm dies zur Kenntnis und wird ggf. weiteres veranlassen.

- 6.2.9 Herr **Kissing** erkundigte sich nach dem Sachstand zur „Süd-kamener Spange“.

Herr **Baudrexl** sagte eine Information für die nächste Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses zu.

- 6.2.10 Herr **Müller** berichtete, dass beim Radweg Mühlhauser Straße der Holzübergang beschädigt sei.

Herr **Baudrexl** sagte eine Überprüfung zu.

- 6.2.11 Frau **Schneider** bemängelte die unzureichende Ausleuchtung des Radweges „Eilater Weg“ im Bereich der Kurve bei den Sportplätzen, da dieser Abknick zu spät zu erkennen sei und dies eine erhöhte Unfallgefahr darstelle (Vorschlag: Anbringung von Reflektoren o.ä.).

Die Verwaltung werde die Angelegenheit prüfen, so erklärte Herr **Baudrexl**.

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 18.45 Uhr.

gez. Friedhelm Lipinski
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke
Schriftführer